

Entwurf für die Zukunft. Konturen einer aktiven Außen- und Europapolitik

Zusammenfassung des Vortrags von Wolfgang Petritsch, ehemaliger Hoher Repräsentant in Bosnien-Herzegowina
14. November 2002

Einleitung:

Ferdinand Lacina, ehemaliger österreichischer Finanzminister und Vizepräsident des Bruno Kreisky Forums

Gerade in Zeiten des Wahlkampfs, so Wolfgang Petritsch einleitend, müsse es möglich sein, Visionen und Konzepte vorzulegen, mit deren Hilfe Außenpolitik wieder stärker im Meinungsbildungsprozess verankert werden könne. Petritsch verwies auf den Paradigmenwechsel, der in den letzten Jahren im internationalen Umfeld stattgefunden habe, und formulierte drei für Österreichs Politik, Wirtschaft und Gesellschaft relevante Faktoren: Österreichs EU-Beitritt und seine volle Teilnahme am europäischen Einigungsprozess, das Ende der Ost-West-Konfrontation und die rasante Globalisierung, in deren Folge man es mit weltumspannenden Netzwerken zu tun habe.

Auf diese Entwicklung müsse die österreichische Außenpolitik mit engagierten und zukunftsorientierten Konzepten reagieren und selbstbewusst mitgestalten. Petritsch kritisierte, dass der Mut zu langfristiger Planung von Außen- und Europapolitik fehle. Es bedürfe einer aktiven Politik, die sich nicht bloß an Veränderungen anpasse, sondern mithilfe, die globale Gesellschaft sozial, ökologisch und fair zu gestalten. Macht, so Petritsch, könne nur mehr im Zusammenwirken mit anderen Regierungen eingesetzt werden. Es bedürfe konzertierter Initiativen zur Reform internationaler Organisationen, vor allem des IWF, der Weltbank und der WTO. Dringend notwendig sei eine klare österreichische Positionierung im Rahmen der EU, um bei den WTO-Verhandlungen den Bestand öffentlicher Güter wie Wasser, Wald und öffentliche Dienstleistungen abzusichern.

Petritsch zitierte UNO-Generalsekretär Kofi Annan, der unter dem Begriff „Word Inclusivity“ den notwendigen Vorsatz formulierte, einen Interessensausgleich zwischen Globalisierungsgewinnern und –verlierern anzustreben. Es dürfe nicht nur um neue Märkte gehen, sondern um die Schaffung globaler Chancengleichheit.

Ein wichtiger Punkt in der Globalisierungsdebatte sei die Frage der Sicherheitspolitik. Hier habe die österreichische Politik seit Ende des Kalten Krieges die globalen Veränderungen zu wenig in die Diskussion einbezogen. Petritsch ortete eine überholte Betonung des Militärischen bei gleichzeitiger Vernachlässigung friedenspolitischer Initiativen. Er bekenne

sich, so Petritsch, zu einer aktiven österreichischen Neutralitätspolitik, lehne aber den Beitritt zu einem Militärbündnis ab. Zum einen böte eine NATO-Mitgliedschaft keinen Schutz vor neuen Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus oder transnationaler Kriminalität. Zum anderen seien die beschränkten Mittel, die die österreichische Bevölkerung für das Bundesheer auszugeben bereit sei, weit besser in den Katastrophenschutz, in internationale Einsätze und in der Verbesserung der Ausrüstung der Soldaten investiert, und er sprach sich auch dagegen aus, neue NATO-Mitglieder zur Erhöhung ihrer Militärbudgets zu drängen.

Petritsch betonte die dringend nötige Imagekorrektur europäischer Sicherheitspolitik in US-Medien und bei den amerikanischen Eliten. Europa habe sich – Petritsch zitierte Helmut Schmidt, Joschka Fischer und Romano Prodi – „von der Konfrontation über Kooperation zur Integration entwickelt“ und solle diesen Weg weltweit zur Nachahmung empfehlen. Anstelle der sterilen „NATO ja oder nein“-Debatte müssten zivile Maßnahmen zum Zwecke der Konfliktprävention gefördert werden. Als wichtigen Punkt nannte Petritsch die Rechtssicherheit. Es sei dringend notwendig, zu einer einheitlichen Auffassung über humanitäre und präventive Interventionen zu kommen. Österreich solle sich dafür verwenden, dass die EU ihre künftigen militärischen Kapazitäten nur mit einem Mandat der OSZE und des UNO-Sicherheitsrates einsetzen könne. Petritsch verwies außerdem auf ein Programm des EU-Außenministerrats aus dem Jahr 2001, in dem Konfliktverhütung als ein Hauptzweck in den Außenbeziehungen der EU festgeschrieben wurde. Diese europäische Priorität habe, so kritisierte Petritsch, in der österreichischen Außenpolitik nicht den notwendigen Stellenwert. Es müsse darum gehen, die in Österreich unterbelichteten zivilen Aspekte der Sicherheitspolitik zu betonen, ohne den Stellenwert des Militärischen zu vernachlässigen.

Zum Projekt der europäischen Einigung meinte Petritsch, Österreichs neue Regierung müsse nach dem Ansehensverlust der letzten drei Jahre wieder als vertrauenswürdiger, berechenbarer und konstruktiver Partner agieren. Auf dem Weg zu einem „Vereinten Europa“ müsse die Politik danach trachten, das Projekt Europa seinen Bürgern verständlich zu machen. Er sprach sich auch für eine umfassende Reform der EU-Institutionen aus.

Die Union, so Petritsch, dürfe nicht wie bisher vor allem als Instrument der wirtschaftlichen Integration gesehen werden. Gerade sozialdemokratische Politik müsse danach streben, die Aufnahme von Beschäftigung und sozialer Sicherheit als gleichwertige Ziele neben der wirtschaftlichen Integration zu verankern. Österreich habe sich bisher, so Petritsch, in die makroökonomische Diskussion über Liberalisierung und Privatisierung zu wenig eingebracht. Man werde sich in der EU auch bestimmter für spezifisch österreichische

Interessen einsetzen müssen. Er plädierte für eine Politik des intensiven vorbereitenden Dialogs mit Gleichgesinnten und des Aufbaus von Interessensgemeinschaften.

Zur Frage der EU-Erweiterung sprach sich Petritsch für eine aktive österreichische Politik im Umgang mit Sorgen der Bevölkerung aus. Eine Reihe von Maßnahmen müsse ergriffen werden: Dazu gehöre nicht nur das Drängen auf vorgesehene Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt, sondern auch innerösterreichische Vorbereitungsschritte wie eine Qualifizierungsoffensive, die Schaffung von Wachstumszonen im Grenzraum und ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit Vorrang für Schienen- und Wasserstraßen. Mit künftigen EU-Mitgliedern teile man nicht nur regionale Interessen wie Umwelt und Verkehr, sondern auch schwierige Fragen wie organisierte Kriminalität, Drogenhandel, Migration, ländliche Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik. Österreich, so Petritsch, bedürfe einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit innerhalb der neuen Bundesregierung und mit unseren Nachbarn, um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.

Zuletzt verwies er auf Probleme innerhalb des österreichischen Außenministeriums. Er plädierte für Veränderungen in Struktur, Personalmanagement und Budget, um das Ziel einer „nachhaltigen Außenpolitik“ erreichen zu können. Abschließend rief Petritsch zu einem Diskurs zur Reform der Außenpolitik auf, an dem neben Diplomaten und Politikern auch Publizisten, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft teilnehmen sollten.